

Region Weilburg und Limburg

Keine Windkraft in Weilburg

POLITIK Stadtverordnete von CDU, FWG und FDP stimmen gegen das Projekt



Windräder werden auf Weilburger Gemarkung nicht gebaut. Dafür haben CDU, FWG und FDP gesorgt. (Foto: Dedert/dpa)

WEILBURG Was allen Beteiligten längst klar war, ist nun offiziell: Der interkommunale Windpark Oberlahn ist gescheitert. Als erstes Gremium hat das Weilburger Parlament mehrheitlich den Ausstieg beschlossen. Mehr noch: Es wird auf absehbare Zeit keine Windräder in Weilburg geben.

Am Donnerstagabend um kurz vor 23 Uhr stand fest: Die Stadt wird aus dem mit Löhnberg und Merenberg angeschobenen Projekt aussteigen und die Flächen auch nicht an Firmen, die Windräder aufstellen wollen, verpachten. Mit 21 Stimmen hat sich die neue Mehrheit aus CDU, FWG und FDP mit ihrem Antrag durchgesetzt. SPD und Grüne hingegen hatten sich für das Pachtmodell ausgesprochen, kamen aber nur auf 13 Stimmen. Damit wird die Stadt auch das Angebot der Firma Thüga Erneuerbare Energien nicht annehmen. Die wollte die Waldflächen pachten und dort Windräder errichten.

Der Ausstieg aus der Windkraft sei eine "Energiepolitik im Rückwärtsgang", findet Bock

Dem Votum vorausgegangen war eine fast zweistündige, teils sachliche, teils emotionsgeladene Diskussion. Es sei Zeit, die Hängepartie zu beenden, läutete der FWG-Fraktionschef Gerhard Würz die Debatte ein. "Windräder sind nicht schön für die Landschaft, da müssen die Argumente für Windkraft schon gewaltig sein." Überzeugende Fakten liegen aus der Sicht der FWG aber nicht vor, vielmehr seien die Nachteile für Mensch und Natur "gravierend".

In Waldhausen lebten zehn Prozent der Weilburger Bevölkerung. 90 000 Euro Pacht im Jahr für drei Windräder entspreche aber nur 0,3 Prozent der städtischen Einnahmen. Für Würz also kein Grund, dem Thüga-Angebot zuzustimmen.

Ähnlich sahen das FDP-Fraktionschef Hans-Werner Bruchmeier und sein CDU-Kollege Johannes Hanisch. Die Koalition habe die Entscheidung nicht leichtfertig getroffen, sondern alle Fakten geprüft, sagte Hanisch. Das Ergebnis: Die Wirtschaftlichkeit fehle. Bei einer Verpachtung minimiere sich zwar das Risiko für die Stadt, sei aber nicht weg. Bruchmeier ergänzte, 30 000 Euro Pacht pro Anlage seien es nicht wert, die Kulturlandschaft und die Natur "zu verschandeln" und die Gesundheit der Menschen zu gefährden, zumal keiner die Pacht garantiere. Sie seien für Windkraft, aber "dort, wo es Sinn macht".

Das Thüga-Angebot hätten SPD und Grüne derweil gern angenommen. Die Flächen an einen "Investor mit gutem Namen" zu verpachten, sei eine einmalige Chance für Weilburg, sagte Hartmut Bock als SPD-Fraktionschef. Eine Pacht von 30 000 Euro pro Anlage dürfe nicht bagatellisiert werden. Auf zehn Jahre und drei Anlagen gerechnet ergebe das eine knappe Million Euro. "Können wir uns leisten, eine Million zu verschenken", fragte Bock. Der Ausstieg aus der Windkraft sei eine "Energiepolitik im Rückwärtsgang". Der Nutzen von Windrädern zeige sich auch beim Kampf gegen den Klimawandel, die Notwendigkeit beim Blick auf die ungeklärte Endlagerung von Atommüll, fügte Jürgen Klemm (SPD) an.

Noch deutlichere Kritik am Vorhaben der neuen bürgerlichen Koalition kam von Heinz-Jürgen Deuster. Der neue Grünen-Fraktionschef sprach den drei Fraktionen ab, mit Verantwortungsgefühl und Augenmaß zu handeln. Er vermutete, dass mit dem Nein zur Windkraft bei der Kommunalwahl Stimmen gewonnen werden sollten. Weilburg verpasse Einnahmen, eine Bürgerbeteiligung, regionale Wertschöpfung und die Erzeugung sauberen Stroms vor Ort.

Auch Bürgermeister Hans-Peter Schick (parteilos) hatte für ein Weilburger Engagement in Sachen Windkraft geworben: "Jede Steckdose hat zwei Seiten.

Auf der einen Seite muss man Strom einspeisen, wenn man auf der anderen Seite entnehmen will." Wer heute Nein sage zur Windkraft, müsse morgen sagen, welche Energieproduktion er wolle.

Einen Widerspruch gegen den Beschluss wird es aber nicht geben. Das hat der Magistrat am Freitagvormittag in einer eigens anberaumten Sitzung beschlossen, teilte Schick als Magistratsmitglied mit.

Die Hessische Gemeindeordnung lässt eine Hintertür offen. Ist das Wohl der Kommune durch einen Beschluss der Stadtverordneten gefährdet, können Bürgermeister oder Magistrat Widerspruch einlegen. Der Magistrat habe die Fakten abgewogen und geprüft, ob das Wohl der Stadt gefährdet sei. Dazu gehörten finanzielle Aspekte, aber auch das Wohl der Bürger und der Lebensraum, sagte Schick.

DAS THÜGA-ANGEBOT

- einmalig 70 000 Euro für die von den Stadtwerken ausgearbeiteten Unterlagen
 - je Windrad 75 000 Euro Einmalzahlung bei Unterschrift unter den Pachtvertrag
 - 30 000 Euro Pacht im Jahr pro Windkraftanlage, auf 20 Jahre
- Zwischenzeitlich hat die Thüga die Zahlen in Merenberg in einer Sitzung nach unten korrigiert, Weilburg liegt aber noch kein anderes Angebot vor.